

Bezugspreis: Vierteljährlich 36.- M., monatlich 12.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.- M., einschließl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Rheinland, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Bulgarien 22.- M. für das übrige Ausland 24.- M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die neuangelegten Anzeigenblätter kosten 6.- M. „Kleine Anzeigen“ das letzte Blatt 2.- M. (unabhängig von der Anzahl der Zeilen), jedes weitere Blatt 1.- M. Stellengänge und Schiffsstellenanzeigen das erste Blatt 1.- M., jedes weitere Blatt 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 250 Pf. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 8, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschäftsstunden 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morickplatz 15195-97
Expedition Morickplatz 11753-54

Mittwoch, den 26. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Morickplatz 11753-54

Die Regierung ohne Demokraten.

Die Regierungsbildung hat im Laufe des heutigen Vormittags wiederum ein anderes Aussehen gewonnen. Während gestern Abend noch die Annahme bestand, daß mindestens zwei der demokratischen Minister auf ihren Posten verbleiben würden, hat heute vormittag die demokratische Fraktion beschlossen, ihre sämtlichen Minister zurückzuziehen. Hierzu wird uns aus parlamentarischen Kreisen berichtet: Das Reichskabinett sollte um 11 Uhr zusammentreten. Kurz vor 11 Uhr wurde jedoch der Beschluß der Demokraten mitgeteilt, sämtliche Minister zurückzuziehen. Damit war das Kabinett, das in seiner Zusammenfassung schon einigermaßen gesichert schien, wieder unvollständig. Ueber die Pläne zur Bildung eines neuen Kabinetts verläutet vorläufig folgendes:

Reichskanzler Dr. Biriw übernimmt neben der Reichskanzlerschaft vorübergehend auch das Ministerium des Äußeren. Er gedenkt bald die richtige Persönlichkeit für dieses wichtige Amt gefunden zu haben. Reichsfinanzminister wird ein Beamter. Die Meldung, daß Staatssekretär Jopf Finanzminister wird, ist falsch. Der Reichskanzler hofft, den Wiederaufbauminister Rathenau bewegen zu können, im Amte zu verbleiben. Reichsjustizminister wird wahrscheinlich der Abg. Genosse Dr. Radbruch-Kiel. Das Innenministerium übernimmt aller Wahrscheinlichkeit nach Genosse Dr. Köster. Der Beschluß der Demokraten hatte ferner zur Folge, daß die auf Wunsch des Reichskanzlers bereits von 12 auf

2 Uhr verlegte Reichstagsitzung auf 4 Uhr nachmittags verschoben wurde. Wenn die Verhandlungen nicht zu Ende kommen, werden sie morgen fortgesetzt werden. Der Ältestenrat hat außerdem beschlossen, daß keinerlei amtliche Mitteilung nach Paris gerichtet werden soll, bevor der Reichstag gesprochen hat.

Bis 1/2 Uhr war das Kabinett noch nicht gebildet. Um diese Stunde gab es unter den Demokraten wieder eine Strömung für das Verbleiben in der Regierung.

Der Börsentaumel.

Obwohl heute der Dollarkurs eine leichte Senkung auf etwa 164 aufwies, machte sich am Effektenmarkt eine stürmische Nachfrage geltend. Besonders bevorzugt sind die bisher vernachlässigten Aktien der an Polen fallenden oberösterreichischen Werke. So stiegen Laurahütte um 315 Proz., Hohenlohe um 224 Proz. Auch nach westdeutschen Montanpapieren sowie nach Elektrowerten und Maschinenaktien besteht unbegrenzte Nachfrage. Die Bankenhäufte geht ebenfalls weiter. Die Börse befindet sich in einem Taumel, der uns mit Riesenschritten den Wiener Verhältnissen näher bringt. Die Jagd nach Goldwerten kommt auch in erstaunlichen Kursprüngen der weiterverarbeitenden deutschen Industrien zum Ausdruck. So stiegen Pintsch um 300 Proz., Deutsche Maschinen um 370, Lorenz um 260, Bogel Telegraphen um 200 Proz.

Das Echo der Krise.

Nachdem die bürgerlichen Mittelparteien es meisterhaft verstanden haben, eine nutzlose Krise herbeizuführen und die ganze Situation gründlich zu verfahren, beginnt sich jetzt auch die Kritik ihrer eigenen Presse zu regen. Die Meldung von dem Geheimabkommen zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei ist noch nicht widerlegt, und nun meldet die „Deutsche Zeitung“, daß die Deutsche Volkspartei ihrerseits während der ganzen Krise mit den Deutschnationalen in engerer Fühlung gestanden hat! Man kann der „Voss. Ztg.“ nur recht geben, wenn sie ihrer eigenen Partei in folgender Form Vorwürfe macht:

„Wie eine Kette ging es von den Deutschnationalen zur Deutschen Volkspartei, von der Deutschen Volkspartei zu den Demokraten, von den Demokraten zum Zentrum. Die Demokraten hatten sich mit der Nachbarpartei zur Rechten auf Gedeih und Verderb verbunden und lehnten es ab, ohne Volksparteiliche Deckung in die Front der bisherigen Koalition wieder einzutreten. Von dieser Koalition blieben nur Zentrum und Sozialdemokratie übrig.“

Im „Berliner Tageblatt“, das im Gegensatz zur „Voss.“ die verhehlte Taktik der Demokraten in jeder Weise ermutigt hat, führt Erich Dombrowski einen förmlichen Eiertanz auf. Er tabelt zunächst, daß die Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokraten (ohne Demokraten) die „kleinste Koalition“ sei. Dann aber verrät er:

„Die Demokraten gaben indessen dem Zentrum zu verstehen, mit ihm allein, nach dem preussischen Vorbild, eine Regierung bilden zu wollen, wenn es gemeinsam mit ihnen auch die Konsequenzen einer Ablehnung der Unterzeichnung tragen würde. Das Zentrum wies diese Anregung schon aus dem Grunde ab, weil ihm die parlamentarische Basis unzureichend erschien.“

Uns scheint eine Koalition zwischen Demokraten und Zentrum noch bedeutend kleiner zu sein, als eine zwischen Sozialdemokraten und Zentrumspartei. Aber das Schönste ist, daß Dombrowski wieder an anderer Stelle von der „großen Koalition“, als der „logischen Notwendigkeit“ für Deutschland spricht. Vor den Kulissen predigt man breite Koalition, hinter den Kulissen will man die denkbar kleinste Koalition zustande bringen!

Den Mangel an Verantwortungsgefühl, der bei den liberalen Parteien zutage trat, kennzeichnet die „Germania“, das Berliner Zentrumsorgan, mit erfreulicher Deutlichkeit. Sie schreibt:

„Schon vor ein paar Tagen haben wir an dieser Stelle der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß manche Leute in diesen Tagen allzuweit auf die Deutsche Volkspartei spekuliert hätten. Wir verhehlten nicht, daß man vor Aufgabe der verfassungsmäßigen Regierung hätte feststellen müssen, ob die Volksparteier nun bereit seien, Opfer zu bringen, nicht zuletzt parteipolitische Opfer, und solche auch dann, wenn die deutschnationale Konkurrenz die Lage für sich auszuschlagen gewillt sei. Hätte man das getan, so würde uns manche bittere Erfahrung der letzten Tage erspart geblieben sein.“

Dieses Urteil findet in der Rechtspresse eine ungewollte Bestätigung. Die „Deutsche Zeitung“ verrät nämlich, warum die „große Koalition“ mit der Deutschen Volkspartei nicht zustande kam:

„Aber diesmal ging es nicht, diesmal kam es anders: die beiden Rechtsparteien nahmen während der letzten Tage miteinander Fühlung und beklagten Fühlung. — Die Deutsche Volkspartei will eben auch Rechtspartei sein.“

Nach diesen Aufklärungen versteht man den Unmut der „Germania“, die der Deutschen Volkspartei ins Gesicht sagt:

„Sie (die Dsch. Volksp.) hat ein Zusammenarbeiten der Volkspartei mit der Sozialdemokratie auf absehbare Zeit unmöglich gemacht. Was die Volksparteier zu einer solchen Vergiftung unseres öffentlichen Lebens veranlaßt hat, ist uns schlechthin unerfindlich.“

Die volksparteiliche Presse selber verhält sich nicht gleichartig zu der jetzigen Situation. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ verzichtet auf demagogische Anwürfe gegen das Kabinett Biriw und erinnert an die Situation in Weimar bei Unterzeichnung des Versailles-Vertrages, wo allseitig festgestellt wurde, daß man keiner Partei aus ihrer sachlichen Stellungnahme später einen Vorwurf machen dürfe, eine Abrede, die freilich von den Rechtsparteien nicht gehalten worden ist. Die „D. A. Z.“ schreibt:

„Das bisherige Kabinett Biriw war aufgebaut auf dem Prinzip der Erfüllung unserer Pflichten gegenüber den Vertragsgegnern von Versailles. Es trat zurück und mußte wohl diesen Schritt tun, weil die Tatsachen erwiesen, daß uns eben diese Gegner die Erfüllung durch neue Willkür unmöglich machten. Angesichts dessen, daß es ausgeschlossen war, die Zusammenfassung einer neuen Mehrheit mit anders gerichteten Zielen zustande zu bringen, blieb in der Tat kein anderer Ausweg, als das bisherige Kabinett auch mit der Durchführung der Notwendigkeiten zu betrauen, die sich nun einmal als Folgen der bisherigen Politik er-

Mordanschlag auf Genossen Auer.

Zwei Schüsse aus dem Hinterhalt — Auer unverletzt.

München, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Gestern Abend war im Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei Sitzung des Vorstandes, zu der auch die „Münchener Post“ eingeladen war. Nach der Sitzung ging Genosse Auer mit mehreren Begleitern seinen gewohnten Weg nach Hause. Am jüdischen Felschhof wurden aus dem Felschhofstor heraus von einem hinter dem Gitter stehenden Attentäter auf Auer rasch hintereinander aus nächster Entfernung zwei Schüsse abgegeben. Auer, der hart am Gitter entlanggegangen war, antwortete sofort mit fünf Schüssen. Man hörte einen Schrei. Den Attentäter zu verfolgen war unmöglich, da die Gitterstore gesperrt sind und ein Entweichen der Mauer nicht möglich war. Der Felschhof wurde abgeräumt und man fand als Tatbeweis Patronenhüllen. Die Planmäßigkeit des Attentats geht daraus hervor, daß Auer während des gestrigen Tages von gewissen Personen fortgesetzt verfolgt wurde. Der Mordanschlag ist zweifellos die Antwort auf die Enthüllung des Münchener Mörderzentrums, auf den Kampf, den Auer seit einigen Wochen zur Aufdeckung der bayerischen Verlagszentrale führt. Mangel einer auch nach der rechten Seite hin funktionierenden Polizei war Auer gezwungen, durch seinen Nachrichtendienst die finsternen Zustände an Tageslicht zu ziehen, welche die „Münchener Post“ in einer fast täglichen Artikelserie an den Pranger gestellt hat. Die Prozesse Auers mit dem „Miesbacher Anzeiger“ und dem „Völkischen Beobachter“, sein mannhaftes Eintreten im Prozeß Kauter haben offenbar die Augen lodern lassen, die gestern nacht auf ihn abgeschossen wurden.

gegen Kanzler kein Verfahren eingeleitet haben. Die Regierung verhehelt aber wird ganz andere Anstrengungen als bisher machen müssen, um den ihr von Kahr und Boehner hinterlassenen Augiasstall zu reinigen.

Verstärktes rechtsbolschewistisches Treiben.

München, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Abenteuer des Erstjägers Karl haben die Münchener Rechtsbolschewisten nicht ruhen lassen. Seit Eintreffen der Warnnachrichten aus Ungarn sind sie fleißig tätig, den karlistischen Putsch in Bayern nachzuahmen. Das Signal zum Umsturz sollte die Bestattungsfeier des Königs geben. Glücklicherweise ist die Münchener Arbeiterschaft vermöge ihres Nachrichtendienstes in der Lage, die Schritte der Verschwörer aufs genaueste zu überwachen. Die Münchener sozialistische Presse fordert deshalb die Arbeiterschaft und die republikanische Bevölkerung zu größter Wachsamkeit für die nächsten Tage und vor allem für die bevorstehende Bestattungsfeier auf.

In welchem Stil die Bestattungsfeier geplant ist, mögen folgende Angaben beleuchten: Es wird die gesamte Garnison Münchens Spalter haben, die Landespolizei rückt jedenfalls bis auf den letzten Mann aus. Der General und Kommandeur des Wehrkreiskommandos wird einen Kranz niederlegen. Unterdessen werden im Hofgarten 101 Salutschüsse abgegeben.

Zur Ausgestaltung eines Trauerzugs anlässlich der Beisetzung des Königs wurde ein Ausschuß aus der Bürgerchaft gebildet, dessen Vorsitz selbstverständlich Herr v. Kahr übernommen hat. Der Ausschuß teilt mit, daß er zwar ein privates Organ sei, daß aber die Pläne zur Trauerfeier die Billigung der Staatsregierung gefunden haben. Die Beiche des Königs, wird von Herrn v. Kahr und vom Kultusminister Dr. Matt erwartet und in Empfang genommen werden. Die Schuten werden aufgefördert, an diesem Tage zu schließen, die Arbeitgeber werden ersucht, den Arbeitern freizugeben, um die Demonstration möglichst machtvoll zu gestalten. In Ansprachen wird geheißen und die bei solchen Anlässen übliche Verston verbreitet, daß Ludwig an „gebrochenem Herzen“ gestorben sei.

Neu-Elßasser und Frankreich.

Paris, 26. Oktober. (G.) Gemäß Versailles Artikel 3 werden alle nicht in Elßah-Lothringen geborenen Bewohner Elßah-Lothringens, die vor dem 3. August 1914 dort ansässig waren und seit dem Waffensstillstand ununterbrochen ansässig sind, das Recht haben, die französische Einbürgerung zu beantragen. 37 000 Elßah-Lothringer werden davon Gebrauch machen, und zwar 26 000 im Departement „Moselle“, 6000 im Departement Niederrhein und 5000 im Departement Oberrhein. Das „Journal“ erklärt, es wäre ideal, wenn jeder Naturalisierte einer dauernden Kontrolle unterworfen wäre. Mehrere Abgeordnete beantragen, ein Gesetz einzubringen, wonach den Naturalisierten 10 Jahre lang kein Wahlrecht zugestanden werden solle, außerdem solle das Parlament ein Gesetz beschließen, daß das Bürgerrecht jedem entzogen werden könne, der Angriffe auf die Ehre Frankreichs unternimmt.

Der Anschlag auf Genossen Auer beweist, daß die Münchener Mörderzentrale nach wie vor fortbesteht, daß die Verhaftungen anlässlich des Erzberger-Mordes nicht vermocht haben, das Uebel an der Wurzel auszurotten. Nach der Ermordung Gareis und Erzbergers ist dies das dritte von dieser Zentrale ausgehende Attentat auf eine führende politische Persönlichkeit. Die Weisheit der Regierung weniger bekannter Personen wegen „Verrates“, wie z. B. der Mord im Forstrieder Park, ist dabei gar nicht mitgerechnet. Wir geben unserer Freude Ausdruck, daß diesmal der Streich der Mörder mißlungen ist. Aber diese Freude paart sich mit tiefer Besorgnis, daß die Tat, sei es gegen Auer, sei es gegen einen anderen Führer — wiederholt werden wird, wenn nun nicht endlich mit der Mördergesellschaft reiner Tisch gemacht wird.

In die Schuld an der Fortexistenz dieser Zustände, die bezeichnend für das Wesen einer „Ordnungszelle“ sind, teilen sich die Münchener Polizei und die Münchener Gerichte. Die Polizei, der es niemals gelingt, einen Täter zu ermitteln, die Gerichte, die den Mann, der den Genossen Sängler anfiel, zu einer lächerlich geringen Strafe verurteilten, die ferner in dem Prozeß Kanzler gegen Meyer-Kon die erdrückenden Beweise für Kanzlers Mordanstiftungen außer acht ließen und bis heute

haben. Auch das neue Kabinett muß ein Kabinett der Erfüllung sein. Freilich kein Kabinett der Erfüllung unter der Voraussetzung, daß wir unter allen Umständen erfüllen können. Aber doch ein Kabinett, dem das Ziel der Erfüllung Grundfach ist, das dabei aber nimmere die Unmöglichkeit der Erfüllung in den Vordergrund zu schieben und Mittel und Wege zu suchen hat, auch die Gegner von dieser Unmöglichkeit zu überzeugen."

Aber schon die 50proz. „Tgl. Rundschau“ gefällt sich in nationalistischen Verdächtigungen der neuen Regierung, die natürlich in der rein deutschnationalen Presse, namentlich in der „Kreuzzeitung“, verdoppelt und verdreifacht wiederkehren.

Die „Freiheit“ sieht in der neuen Regierungsbildung die „stärkste Rechtfertigung“ der von Wirth bisher eingeschlagenen Politik:

Denn daß man zur Entwirrung des Chaos auf ihn zurückgreifen muß, trotz der starken Widerstände, die in allen bürgerlichen Parteien sich erheben hatten, beweist den Irrsinn der ganzen Krise und wird vielleicht doch den Fraktionsführern die Luft austreiben, mit den wichtigsten Interessen des deutschen Volkes und den Rechten des Parlaments noch einmal Schindluder zu treiben.

Am Schluß ihrer Ausführungen weist die „Freiheit“ darauf hin, daß in dieser schweren Krise sich wieder einmal die Arbeiterklasse als Trägerin der Vernunft in Deutschland herausgestellt hat und durch ihre entschlossene Haltung verstanden hat, Deutschland vor abenteuerlicher Romantik und nationalistischer Tollheit zu bewahren. — Die Haltung der bürgerlichen Demokraten hat allerdings der „Freiheit“ dieses Lob leicht gemacht. Aber man könnte es freudiger unterschreiben, wenn auch die Unabhängigen selber durch aktive Teilnahme an der Kabinettsbildung die Vernunft der Arbeiterklasse klarer zum Ausdruck brächten.

Die Internationale fordert Revision.

London, 26. Oktober. (W.B.) „Daily Herald“ veröffentlicht eine Kundgebung des Vollzugsausschusses der Zweiten Internationale, in der eine Abänderung der Völkerbundsentscheidung in der obersteleischen Frage und der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedens gefordert wird. Der Vollzugsausschuß legt dagegen Verwahrung ein, daß Fragen, wie die obersteleische, im Interesse kapitalistischer Ausbeutung geregelt werden. Der Sturz der deutschen Mark habe die Fähigkeit Deutschlands, seinen aus dem Völkerbundsvertrag entstandenen Verpflichtungen nachzukommen, vermindert. Wenn diese Politik nicht geändert werde, müsse die Lage Europas immer schlimmer werden. Der Vollzugsausschuß der Zweiten Internationale fordert die Arbeiter aller Länder Europas und insbesondere ihre Vertreter im Parlament auf, eine Politik zu fordern, die 1. die Volksabstimmung anerkennt, 2. Minderheiten schützt und 3. die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags öftig abändert, damit nicht unter dem Namen von Reparationen Zahlungen stattfinden, die zur Verelendung der Arbeiterklasse in den geschlagenen Nationen führen und Millionen von Arbeitern in den siegreichen Ländern erwerbslos auf die Straße werfen.

Polen nimmt an.

Paris, 26. Oktober. (Savos.) Der polnische Gesandte in Paris, Graf Janowski, hat heute nachmittags dem Sekretariat der Völkerbunds-Konferenz eine Note zugestellt, in der erklärt wird, daß die polnische Regierung die Entscheidung der Mächte betreffend Oberschlesien annehme. Sie habe als Delegierten für die gemischte Kommission, die über die wirtschaftlichen Abmachungen verhandeln soll, Herrn Bucinski ernannt, der bereits die Verhandlungen mit dem Danziger Senat geführt hat.

Breslau, 26. Oktober. (W.B.) Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet aus Oppeln: Der polnische Vizekonul des hiesigen polnischen Generalkonsulats hat gestern Oppeln verlassen. Auch der Verleger der polnischen „Gazeta Polska“ (Polnische Zeitung) beendigte seine Tätigkeit. Die polnischen Zeitungen seines Verlages erscheinen nicht mehr.

Kunst und Moral.

Vom Landgericht Weimar waren der Professor Walter Klemm, die Buchhändler Wolbrück und Thelmann sowie ein Dr. Köhler von der Anklage des Freihaltens und der Verbreitung unzuchtiger Schriften und Bilder nach § 184 des Strafgesetzbuches freigesprochen worden. Der Angeklagte Klemm, Professor an der Hochschule für bildende Kunst in Weimar, hatte in München eine alte Klosterhandschrift entdeckt, die von der Erschaffung des ersten Menschen handelte. Er fertigte danach sechzehn Radierungen an, die bei den genannten Buchhändlern als Privatdrucke unter dem Titel „Erdkunde“ erscheinen sollten. Mit der Ueberschrift „Für Sammler“ wurde das Werk im „Buchhändlerbörsenblatt“ und im „Berliner Tageblatt“ angeboten.

Die Anklage hatte behauptet, es seien auf den Bildern die Geschlechtsakte von Mensch und Tier sowie der Geschlechtsakt zwischen beiden mit einer solchen Genauigkeit wiedergegeben, daß der Anblick dieser Bilder das Scham- und Sittlichkeitsgefühl eines normalen Menschen verletzen müsse. Das Weimarer Landgericht war aber zu dem Resultat gelangt, daß man nur Freude an der feinen Umrißführung und dem Unterschiede zwischen Schwarz und Weiß haben könne, so daß ein Gefühl der Unstimmigkeit gar nicht aufkomme. Ferner nahm das Landgericht an, daß der Lastbestand der öffentlichen Verbreitung nicht gegeben sei, da das Werk nur für Sammler bestimmt gewesen sei.

Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt und das Reichsgericht hat jetzt das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen, da das Landgericht tatsächlich den Begriff der „relativen Unzuchtigkeit“ verkannt habe. Wenn es im Urteil heißt, daß das Werk nur für Sammler bestimmt sei, so genüge das nicht, denn gerade Sammler seien oft Liebhaber von pornographischen Abbildungen.

Daß Kunst und Moral nichts miteinander zu tun haben, daß es daher keine unästhetischen oder unzüchtigen Kunstwerke geben kann, ist eine Wenigwahrheit, über die man unter Menschen des 20. Jahrhunderts nicht mehr sollte zu streiten brauchen. Jedem Künstler, jedem Aesthetiker, überhaupt jedem normalen Menschen, der lebendiges Kunstgefühl besitzt, ist sie in Fleisch und Blut übergegangen. Der Stillschwerfste Stoff, die niedrigste Jote wird durch eine künstlerische Darstellung in Wort oder Bild geädelt und jenseits von Gut und Böse gestellt. Kunstfremde Personen mögen das nicht einsehen, weil ihnen reines ästhetisches Empfinden mangelt und sie im Kunstwerk immer nur das grob Stoffliche wahrnehmen können. Sie empfinden auch das größte Kunstwerk, das einen unästhetischen Gegenstand behandelt, als „Schweineerei“. Außerdem gibt es Individuen, die von der gütigen Mutter Natur mit einer so schmutzigen Phantasie begabt sind, daß die unzüchtigen Empfindungen alle anderen überwachen und bei jeder Kunstbetrachtung nur die etwaigen erotischen Stoffelemente wirksam werden lassen. Aus diesen beiden Typen setzt sich die Streiterfront wider die „Unstimmigkeit in der Kunst“ hauptsächlich zusammen. Ihr intellektuelles und moralisches Krüppeltum mit Stumpf und Stiel auszurotten, ist eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der modernen Erziehung.

Eine Schlappe Briands.

Paris, 25. Oktober. (W.B.) Im weiteren Verlaufe der Kammerdebatte kritisierte Abg. Soulier die Außenpolitik der Regierung. Dem Völkerbund spendete er Anerkennung wegen der Entscheidung in Oberschlesien. Er glaube jedoch, daß Deutschland in Oberschlesien erhalte, was Polen zumutete. Nicht nur die französischen Katholiken müßten von der Regierung verlangen, daß sie Lloyd George und seiner antikatholischen Politik im Orient und anderwärts nicht folge. Alle Vertreter Frankreichs müßten protestieren gegen den antikatholischen Charakter der französischen Politik, wenn sie der Lloyd Georges folgte. Er befürchte, daß Briand, der kein Engländer sei, in Washington nicht das notwendige Verständnis für das haben werde, was sich während dieser ersten Diskussion ereignet. Abg. Marc Sangnier meint, die Republik brauche eine Organisation der Demokratie, die es jedem Staatsbürger gestattet, im Verhältnis zu seinen intellektuellen und moralischen Fähigkeiten und seinem guten Willen an den Geschäften des Landes teilzunehmen.

Abg. Magallon (Reaktionär) erklärte, wenn man nach der Ruhe gegangen wäre, hätte man in diesem Lande leicht die Besatzungskosten ausbringen können. Seine Freunde können die Außenpolitik der Regierung nicht mitmachen.

Lardieu (Clemencist) führte aus, wenn sich die Regierungen nicht über das Problem des Stillen Ozeans einigten, dann werde es in Washington keine Diskussion über die Einschränkungen der Rüstungen geben. Die Frage des Pazifischen Ozeans sei nicht nur eine technische Frage. Gefahren drohten durch eine Vereinigung Deutschlands mit dem russischen Bolschewismus und durch die Einarchie in China. Man solle nur die deutschen Zeitungen lesen, um aufgeklärt zu sein. Es sei dringend notwendig, daß die französische Regierung mit ihren Verbündeten prüfe, wie Japan ihnen zur Bekämpfung dieser Gefahr beihilflich sein könnte. Die Vertreter der beiden Amerika würden im Namen der Monroe-Doktrin sprechen, England für die Doktrin seines Imperiums. Lloyd George habe ja schon angekündigt, daß er auch im Namen des Dominions sprechen werde. Angesichts dieser beiden großen Gruppen gehe Frankreich allein nach Washington. Nach seiner Ansicht habe die Konferenz von Washington nicht die erforderliche technische und allgemeine Vorbereitung erfahren. Er bedauere deshalb, der Regierung nicht das Vertrauen bewilligen zu können, daß sie zu dieser Konferenz verlange. Er befürchte, es werde wieder nur ein reineres Unternehmen sein. (Beifall rechts und in der Mitte.) — Lardieu besprach sodann Angelegenheiten der inneren Politik, wobei er das Ministerium Briand scharf angriff.

Nachdem Lardieu seine Rede beendet hatte, verlangte Ministerpräsident Briand das Wort. Die Kammer entschied jedoch, die Rede des Ministerpräsidenten erst morgen nachmittags anzuhören.

London, 25. Oktober. (G.) Eine hier aus Washington eingetroffene Depesche besagt, daß die Eröffnung der Abrüstungskonferenz auf den 12. November verschoben wurde.

Genf, 25. Oktober. (W.B.) Auf eine Anfrage an den Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, weshalb er sein Mandat als Deputierter niedergelegt habe, teilte Thomas einem Vertreter der Schweizerischen Depeschengeneratur mit, daß die Frage der Untereinanderkeit der Funktionen eines Kammerdeputierten und des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes nie aufgeworfen worden sei. Er habe schon vor einem Jahre seine Demission eingereicht, weil er seine ganze Tätigkeit dem Internationalen Arbeitsamte widmen wolle. Immerhin wünsche er seiner Partei auch weiterhin angehören zu können, was ihm auch zugesichert worden sei.

Die Landtagswahlen in Baden.

Man schreibt uns aus Mannheim: Zum zweiten Male nach dem Zusammenbruch tritt am nächsten Sonntag (30. Oktober) das badische Volk an die Wahlurne. Erst vor einigen Tagen schlossen sich die Pforten des Rondells in Karlsruhe nach einer sehr arbeitsreichen Periode. Noch vor Torschluß hat der Landtag die neue Gemeindeverfassung verabschiedet; eines der wichtigsten Gesetze, das den verfallenen Landtag beschäftigte.

Der Wahlkampf tobt nun auf der ganzen Linie, und wenn man berücksichtigt, daß nicht weniger als neun Parteien Kandidaten

aufgestellt resp. ihre Listen eingereicht haben, so wird man sich einen Begriff davon machen können, wie heiß umworden jede einzelne Stimme bei den diesmaligen Wahlen sein wird.

Unsere Partei trat als erste auf den Kampfplatz und hat ihre Versammlungsagitation besonders in den letzten Wochen gesteigert. Leider müßten für diese Woche eine Reihe von Reichstagsabgeordneten, die für die Versammlungen als Redner vorgesehen waren, infolge der Regierungsschleife absagen. Der Besuch unserer Versammlungen war überall ein sehr guter und die Stimmung überall die beste, obwohl die Kommunisten versuchten, in unseren Versammlungen Anhänger zu werben. Es ist bezeichnend für die Agitation der Kommunisten, daß sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu Felde ziehen. In Lörrach, wo Landtagsabgeordneter Stroebel in der vorigen Woche sprach, wurde das Schlußwort durch die kommunistische Sprengkolonne unmöglich gemacht. Die Agitationsmethoden der K.P. sind nach einheitlichem System im ganzen Lande organisiert. Sie sind Kostgänger unserer Versammlungen. Ihre Diskussionsredner arbeiten nach dem alten Grundfah: Verleumdung nur tüchtig, etwas bleibt schließlich doch hängen. Erfreulich ist es, daß die kommunistischen Störenfriede überall kräftige Abfuhrer erlitten und einsehen müßten, daß ihre Tiraden bei den Wählern keinen Anklang finden.

Die sozialdemokratische Partei hat ihren Kampf in der Hauptsache gegen rechts eingestellt, obwohl in Baden die Rechte (Deutschnationale Volkspartei) im Parlament nur durch sieben Abgeordnete vertreten war. Überall im Lande ist zu konstatieren, daß die Ausführungen unserer Redner über die reaktionären Mächte in den Versammlungen mit stürmischem Beifall quittiert wurden.

Das Zentrum, das in Baden nach Waderschen und Schoferschen Richtlinien marschiert und demokratische Politik seit Jahrzehnten vertritt, hat seinen gut funktionierenden Agitationsapparat; es wird seinen alten Stamm an Wählern, besonders an Frauenstimmen, auf sich vereinigen und braucht um große Verluste nicht befürchten zu sein.

Anders ist es mit den Demokraten (Deutsch-Demokratische Partei). Diese Partei wird bei den Wahlen am Sonntag Haare lassen müssen. Sind doch allein in der „Residenz“ (Karlsruhe) in den letzten Wochen 2 Blätter („Badische Presse“ und „Landeszeitung“) mit fliegenden Fahnen zur Deutschen Volkspartei (Stinnes) übergegangen.

Die Unabhängigen und die Kommunisten waren im letzten badischen Landtag nicht vertreten. Zweifellos dürften diese Parteien auf einige Mandate hoffen. Auf jeden Fall aber werden die U.S.P. nicht mehr auf die Stimmzahl von der Reichstagswahl im Juni 1920 rechnen können. Die Kommunisten werden ihre Stimmen sicher auf Kosten der U.S.P. vermehren.

Die Deutsche Volkspartei, die immer mehr das Erbe der Nationalliberalen Partei übernimmt, hofft auf Stimmengewinn. Tatsächlich wird sie auf einige Tausend Fahnenflüchtige aus der Deutsch-Demokratischen Partei rechnen dürfen.

Der letzte badische Landtag zählte 107 Abgeordnete und zwar: Zentrum 39, Sozialdemokratie 36, Deutsch-Demokraten 25, Deutschnationale 7 Abgeordnete. Da nach dem neuen Wahlgesetz auf je 10 000 abgegebene Stimmen 1 Abgeordneter entfällt, so müßte eine Wahlbeteiligung von circa 95 Proz. erreicht werden, wenn der kommende Landtag über 100 Abgeordnete zählen sollte. Da mit einer solch starken Wahlbeteiligung nicht zu rechnen ist, wird die Zahl der Abgeordneten sich unter 100 halten. Wieviel Abgeordnete der neue Landtag zählen wird, ist nicht vorauszuweisen. Sicher ist nur, daß die alte Zahl nicht erreicht wird.

Um ein Bild der voraussichtlichen Parteistärken zu bekommen, muß das Wahlergebnis der Reichstagswahlen von 1920 herangezogen werden. Damals erhielt die sozialdemokratische Partei in Baden 190 298 Stimmen; das Zentrum hat bei der Reichstagswahl 1920 344 027 Stimmen, die Deutschnationale Volkspartei 113 554 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 64 653 Stimmen, die Deutsch-Demokratische Partei 116 398 Stimmen, die Unabhängigen haben 102 965 Stimmen und die Kommunisten 14 471 Stimmen erhalten, die Wirtschaftliche Vereinigung, ein neues Gebilde, antimilitärisch, mittelständischer Obferanz, tritt jetzt auch auf den Plan.

Nach dem Stimmenverhältnis der Reichstagswahl müßte der neue Landtag also etwa 95 Abgeordnete zählen. Um diese Zahl zu erreichen, ist aber, wie schon ausgeführt, eine sehr starke Wahlbeteiligung Bedingung.

Eine Haremsinspektion. Der vom Völkerbund ernannte Inspektor der Harems ist in Konstantinopel eingetroffen und wird dem Völkerbunde über die Behandlung der Frauen in den Harems Bericht erstatten. Die türkische Presse veröffentlicht diese Nachricht mit ironischen Kommentaren.

fürte daher eine kleine Funkenempfangsstation mit sich, die die Expedition instand setzte, jede Nacht um 10 Uhr 30 Min. die Ausgabe der Zeit durch den Eifelturm aufzusagen. Auf diese Weise gelangte man zu Zeitbestimmungen, die bis auf den 10. Teil einer Sekunde genau sind.

Reisepost in Rußland. Es wäre eine Täuschung, anzunehmen, daß die Pferderennen als Vergnügung der bürgerlichen Gesellschaft im Reiche Benins verschwunden seien. Das Moskauer Hippodrom ist vielmehr in voller Tätigkeit. Der Besucher findet dort allerdings manche Veränderungen gegenüber früheren Zeiten. Vor allem fallen ihm die Dekorationen auf, die die Tribünen erhalten haben. Es grühen dort die Bilder von Marx, Lenin, Trotzki, und diese werden merkwürdigerweise ab mit den Porträts gefeierter Tagesgrößen unter den — Rennpferden. Der Bolschewismus hat nämlich eine besondere Vorliebe für das edle Ross. Zwischen den Girlanden der Tribünen ziehen sich Spruchbänder, auf denen Sätze wie der folgende zu lesen sind: „Das Pferd ist der wahre Freund des Soldaten und des Arbeiters.“

Monarchistisches Ständchen.

Karl (zu Horth):

Horch auf die schöne Rita
Und öffne mir das Gitter!
Erhöre meine Pein
Und laß mich König sein!

Horth (zu Karl):

Ich sitze hier als Wize-Fürst,
Du bleibst, bis du gerufen werdest.
Eher dich weg von mir, eher dich weg von mir,
Eher dich weg von meiner Tür!

Der Autor:

Run spricht ihr Wort die Artillerie.
Wo bleibt da der Glauben an die Monarchie?
Und die Moral von der Geschicht:
Berwese auf dem Throne nicht!

Rich. von Lindenbuden.

„Der Mann der Völkerberührung“ heißt das Thema, über das heute Mittwoch abend 8 Uhr in der kleinen Aula der Universität der bekannte argentinische Politiker Dr. Oyhonarte sprechen wird. Als Vertreter der Universität wird ihm Rektor Prof. Dr. Ernst, als Vertreter des spanisch-amerikanischen Athletenvereins, das mit dieser Veranstaltung zum ersten Male an die Öffentlichkeit tritt, Herr Konful Candioti das Wort ergreifen.

Vorlesung von Clara Bleibig. Aus eigenen Dichtungen liest am Sonntag, den 30. Okt. 7½ Uhr, Clara Bleibig im Aeliongymnasium, Reutlingen, Boddinstr. 34/41. Karten zum Preise je 1,10 R. und 3,10 R. in den mit Plakaten versehenen Verkaufsstellen, insbesondere Zimmer 257 des Rathauses Reutlingen.

Gewerkschaftsbewegung

Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission.

In der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend, die am Montag tagte, erstattete Sabath den Geschäftsbericht für die Zeit ab 1. April 1921. Daraus ist hervorzuziehen:

Auch in diesem Jahre war das Zusammenarbeiten mit dem Ortsrat des Afa-Bundes ein sehr gutes. Einen kleinen Einblick in den Umfang und die Mannigfaltigkeit der Tätigkeit der Kommission und ihres Ausschusses ergibt schon die Tatsache, daß die Gewerkschaften für 40 zentrale Ausschüsse in der Verwaltung Groß-Berlins Vertretungen stellen mußten. Daneben werden Vertretungen in den Ausschüssen der einzelnen Verwaltungsbezirke gefordert. Es gibt kein Gebiet, auf dem die Gewerkschaften nicht zur Mitarbeit aufgefordert werden. Das System der Unterkommissionen wird einer Reorganisation unterworfen werden müssen. Die Betriebsräteschule hat schon Bedeutendes geleistet, wenn sie auch erst im Anfang ihrer Wirksamkeit steht. Diefem Zwecke dient auch die eben eröffnete Gewerkschaftsschule. Für beide Institutionen wird weitestgehende Propaganda gewünscht. Bei Lohnbewegungen hat der Ausschuss stets die erwünschte Hilfe geleistet. Ein leidiges Kapitel sind die Grenzstreitigkeiten. Eine Verringerung zu schaffen, wird Aufgabe höherer Instanzen sein. In vielfacher Weise beteiligten sich die Gewerkschaften an den Demonstrationen aus Anlaß der Ermordung von Gareis und Erzberger und an der Demonstration: „Nie wieder Krieg“. Zur Rukslandhilfe sind nahezu 1 1/2 Millionen Mark in Berlin gesammelt worden für die Opfer von Oppau Mittel bereit zu stellen, wurden die einzelnen Gewerkschaften beauftragt. Zu den verschiedensten Gelegenheiten wurde Stellung genommen und die Frage des Arbeitsnachweises die größte Aufmerksamkeit gewidmet. In der Erwerbslosenfürsorge arbeiten wir auf allen Gebieten. Für die Arbeitslosen in Groß-Berlin, die am 29. Oktober und 1. November feststehen, wünschen wir die Beteiligung eines jeden Arbeitslosen, damit ein wahrheitsgetreues Bild herauskommt. Weiter die Zentralisation der verschiedenen Gewerkschaftsbibliotheken wird demnächst endgültig entschieden werden. Die große Teuerung gab Veranlassung, von den verschiedenen Ministerien die schärfste Bekämpfung des Wuchers zu fordern. Eine Sitzung der Ortsausschüsse für die Provinz Brandenburg, in Gemeinschaft mit den Ortsausschüssen der Afa, am 12. und 13. November soll entscheiden über die Teilung der Provinz Brandenburg in Wirtschaftszonen. Für die Zukunft wollen wir alle Ortsausschüsse der Provinz zusammenfassen. Die Zusammenarbeit mit den Beisitzern beim Volkspräsidium, den früheren Zivilkommissaren, ist wie früher, auch heute noch eine gute.

In der Diskussion wurde mehrfach betont, daß die Selbstständigkeit der Unterkommissionen bei der Reorganisation möglichst gewahrt werden müsse. Vollmerhaus, der Sekretär des Ausschusses, erklärte dazu, daß nur ein verantwortlicher Untergrund geschaffen werden solle, damit die Unterkommissionen auf die Behörden und Bezirksverwaltungen den nötigen Druck ausüben können. Ihre Selbsthaltung sei gesichert. Zum Gastwirt angestellten Streit bemerkte Vollmerhaus u. a.: Bei den zahlreichen Verhaftungen, die das „Anlagebureau“ der harrnädigen Unternehmer herbeiführt, ist es uns in allen Fällen gelungen, die Freilassung zu erwirken. In den nächsten Tagen würde, komme es nicht zu Verhandlungen, der Transportarbeiterverband eventuell den Belieferungsstreik für die betroffenen Betriebe proklamieren. Rückert gibt bezüglich der Grenzstreitigkeiten die Anregung, sich damit zu beschäftigen, ob sich nicht die Einführung des einheitlichen Mitgliedsbuches empfiehlt. Wurde als Vertreter der Streikenden und Ausschüßerten im Gastwirtsgewerbe bittet um weitestgehende Solidarität, die ihm von Dr. Hermann (Transportarbeiterverband) und Sabath ausdrücklich zugesagt wird. Dr. Hermann erklärt: Die Entscheidung muß in den nächsten Tagen fallen. Erfolgt sie nicht anders, dann wird sie erzwungen werden.

Nachdem Bohmeier ein Referat über die Volksfürsorge gehalten hatte, stellte Sabath als Meinung der Gewerkschaftskommission fest, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen bei seiner Verbestrafung energisch von den Gewerkschaften unterstützt werden wird.

Gallas (Deutscher Musikerverband) behandelte dann in einem Referat die Konkurrenz, die den Berufsmusikern von Militärmusikern, Beamtenmusikervereinen und auch von Musikvereinen der Arbeiter gemacht wird. Dabei enthielt er Zustände, die wie eine Befreiung der organisierten Arbeiterschaft mickten, was ausdrücklich in der folgenden Aussprache von einem bekannten Gewerkschaftsführer hervorgehoben wurde. Nach dem Referat von Gallas haben die Berufsmusiker Berlins, von denen 5000 organisiert sind, unter der Konkurrenz von 200 Militärmusikern, 1500 bis 2000 Beamtenmusikern und 2500 bis 3000 Dilettanten- und Arbeitermusikern zu leiden.

Sabath erklärte: Bei der Berliner Gewerkschaftskommission besteht die Bereitwilligkeit, die Musiker in ihrem schweren Beruf nach Kräften zu unterstützen. Eine von Gallas beantragte Entschlieung erwartet von den in ihrem Hauptberuf vollbeschäftigten Arbeitermusikern, daß sie den endlich errungenen achtstündigen Arbeitstag durch Ausübung gewerblicher Nebeltätigkeit im Nebenberuf nicht selbst sabotieren. Für eine selbstverständliche Pflicht erachtet es die Versammlung, die diese Entschlieung annahm, daß alle Ge-

werkschaften und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Bedarfsfalle nur Berufsmusiker beschäftigen. Die Gewerkschaftskommission wird den Deutschen Musikerverband in seinem Streben auf Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises für Musiker auf das wirksamste unterstützen.

Friede in Nordfrankreich.

Sabas berichtet, der Unternehmerverband habe im wesentlichen folgende Bedingungen angenommen: Die Arbeiter nehmen mit einer zeitweisen Herabsetzung des Stundenlohnes um 15 Centimes die Arbeit wieder auf. Diese Herabsetzung bleibt in Kraft, solange der Feuerungskoeffizient unter 300 liegt. Wenn der Koeffizient diese Ziffer übersteigt, so soll der Stundenlohn wieder erhöht werden. Die seit zwölf Wochen ausländischen Bauarbeiter von Tourcoing haben die Arbeit wieder aufgenommen auf Grund einer Abmachung, nach der bis zu einer neuen Regelung die Löhne in Kraft bleiben.

Die Metallarbeiter des Tiefbaugewerbes beschloßen, für sich als Metallarbeiter im Tiefbaugewerbe eine besondere Gruppe zu bilden. Referent war Zimmermann. Dieser führte im wesentlichen aus, daß man die Metallarbeiter bei den letzten Lohnverhandlungen im Tiefbaugewerbe übergangen habe. Sie wurden nicht als Tarifkontrahenten angesehen. Wohl haben sie mit einzelnen Firmen verhandelt und auch Vorteile erreicht, aber bei den eigentlichen Lohnverhandlungen sind sie nicht berücksichtigt worden. Aus diesen Gründen müsse man eine Gruppe im Tiefbaugewerbe bilden. Die Versammlung war mit dem Referenten einverstanden und auch mit dem Vorschlag, sofort einen Obmann zu wählen, der in Verbindung mit den Vertrauensmännern das Erforderliche in die Wege leiten soll. Bewählt wurde Kuchmeister. In einer Vertrauensmännerversammlung soll über weitere Schritte beraten werden.

Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin, Sektion 5. Industriearbeiter. Donnerstag 6 Uhr Funktionärskonferenz aller Obleute, Betriebsräte, Delegierten und Vertrauensleute in der Schulaula Rappentplatz 12. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. — Arbeiterbewegung aus den Wein- und Bierbetrieben. 7 Uhr in den Zentral-Verhalten. Alte Jakobstr. 22, allgemeine Versammlung. Stellungnahme zu Lohnforderungen. — Kohlenarbeiter und -Führer. 7 Uhr im großen Saal des Schulbeiz (früher Unionsbrauerei). Besondere 2-31, außerordentliche Vollversammlung.

Wirtschaft

Die Besteuerung öffentlicher Betriebe.

Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat war ein Antrag heute eingegangen, der die steuerlichen Erleichterungen und Freiheiten der öffentlichen Betriebe beseitigen wollte. Der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. hatte die Absicht des Antrages gekennzeichnet mit dem Hinweis darauf, daß durch ihn künftige Kommunalisierungen unmöglich gemacht würden. Der Reparationsausschuss des Reichswirtschaftsrates hat sich damit gründlich befaßt und ist dabei zu dem Schluß gekommen, daß die „sozialisierte“ Elektrizitätswirtschaft ein besonderes Objekt für die widersinnige Praxis sei, Steuern von der Allgemeinheit über den Fiskus an die Allgemeinheit zahlen zu lassen. Die Resolution, die zu der Frage gefaßt wurde, lautet:

„Der Reichswirtschaftsrat erkennt an, daß die Grundgedanken des Antrages heute: durch Streichung der Steuerbefreiung gleiche Voraussetzungen für den Konkurrenzkampf privater und kommunal betriebener Unternehmungen zu schaffen, um deswillen große Beachtung verdienen, weil die verschiedenartige Behandlung in der Tat leicht dazu führen (!) kann, nicht nur den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt im allgemeinen zu hemmen, sondern auch geeignet ist, wirtschaftlich mangelhaftere Zusammenschlüsse in gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen für größere Gebiete zu verhindern. Die letztere Gefahr liegt besonders bei der Elektrizitätswirtschaft vor.“

Auf der anderen Seite läßt sich nicht verkennen, daß eine steuerliche Bevorzugung kommunaler Betriebe dort berechtigt ist, wo es sich um Unternehmungen handelt, die zur Förderung gemeinnütziger Interessen (oft unter Hinzunahme jeglicher Gewinnansichten) gegründet worden sind und weiter betrieben werden. Außerdem ist aber die finanzielle Notlage der meisten deutschen Gemeinden im Augenblick derart, daß sie den Ausfall der durch die Streichung der Bestimmung über die Steuerbefreiung entstehenden finanziellen Einnahmen vielfach nicht ertragen könnten.

Der Reichswirtschaftsrat glaubt deshalb, daß an eine grundsätzliche und allgemeine Neuregelung der Dinge im Sinne des Antrages heute nur heranzutreten werden kann, wenn gleichzeitig die durch die neue Steuerleggebung gänzlich aus den Fugen geratene Finanzwirtschaft der deutschen Gemeinden wieder eine sichere Grundlage erhält. Aber auch dann muß noch, nicht zuletzt durch Bevorzugung der Gemeinden, in steuerlicher Hinsicht die Möglichkeit erhalten bleiben, gemeinnützige Unternehmungen im Interesse der Gemeindeangehörigen zu schaffen, die von der Privatwirtschaft wegen des Fehlens von Gewinnaussichten nicht gegründet werden.

Indessen erucht der Reichswirtschaftsrat die Regierung, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob der Fortfall der Befreiungsvorschriften für die Elektrizitätswirtschaft möglich ist, ohne die finanziellen Grundlagen der Gemeinden noch stärker zu gefährden. Die Versorgung möglichst aller deutschen Gemeinden mit elektrischem Strom ist wichtig und dringlich; sie dürfte auch im Interesse der Gemeinden, die keine Elektrizitätswerke besitzen, nicht dadurch hinausgeschoben werden, weil die im Besitz von Elektrizitätswerken befindlichen Gemeinden einer Zusammenfassung abgeneigt sind, um den aus den Befreiungsvorschriften herrührenden Ueberschuß nicht zu verlieren. Bieleicht würde durch den im Falle des Zusammenstufens eintretenden starken allgemeinen Verbrauch an elektrischem Strom zu einem großen Teil der Ausfall wieder gutgemacht werden, der durch den Fortfall der Befreiungsvorschriften entstände.

Die Aufhebung der Befreiungsvorschriften für die Monopolbetriebe des Reiches lehnt der Ausschuss ab.“

Für den Fall, daß die vom Reichswirtschaftsrat gewünschte Prüfung zu einem Fortfall der gemeindlichen Steuerprivilegien führt, wurde beschloßen, daß aus den Steuereinnahmen der Gemeinden ein Zwölftel der gezahlten Steuern zurückzuerstatten ist.

Aus dem Euentualvorschlag geht hervor, daß es sich tatsächlich nur um eine rechnungsmäßige Steuer handeln soll, die zu erheben ist und deren Erfolg höchstens in der neuen Belastung der Finanzbehörden gesucht werden könnte.

Daß man gegen den technischen Fortschritt sich sträubende Gemeinden ohne steuerliche Neuerungen durch Reichsgesetz zu einem gemischtwirtschaftlichen Zusammenschluß zwingen kann, scheint dem ersten Wirtschaftsparlament der Welt entgangen zu sein.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Hilde, Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie

2. Klasse. 10. Ziehungstag. 25. Oktober 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotte gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr.	Nachdruck verboten.
In der Vermittlungsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:	
3 zu 75000 M 186413	
2 zu 30000 M 117119	
2 zu 10000 M 74232	
8 zu 5000 M 167131 240872 261409 288838	
93 zu 2000 M 7074 12245 13558 14873 23905 29673 37581 42534 88528	
61533 83027 97345 90049 10420 11817 12184 12185 146313 152612	
55144 169939 186588 169890 183209 184399 187487 195314 20039 207031	
21995 218220 23140 230855 245705 24797 252507 260624 264066 267721	
267900 270898 27467 273322 287177 287193 297236	
570 zu 1000 M 1260 4091 6042 7781 8209 3478 9230 10361 11878	
14023 18603 17987 18093 21230 21793 22452 26847 26869 29778 29797	
32189 33081 35255 36084 37824 38513 43987 45129 49044 51603 59885	
6046 67920 68062 68061 67242 62048 63203 63871 65293 67179 67889	
71356 72808 72053 74003 75887 80588 81018 82959 83383 85139 86404	
91584 94642 94904 95779 96269 101469 106682 109091 137665 138104 143099	
108702 109470 110500 112678 115940 117117 119181 122639 124769 144887	
16005 199223 1300210 130626 130691 134062 136682 136991 137665 138104 143099	
145415 147628 147724 147780 147992 148467 151265 155501 155506 159039	
14760 167120 169226 170230 174447 174554 176878 176897 179595 191091	
182742 184118 184860 185269 187067 191389 191410 191616 193410 194176	
197100 198011 198532 198576 204257 204937 205786 206873 207181 209838	
210031 214894 216870 217266 221899 228519 229417 229769 229860 231928	
232465 232901 235673 237004 239088 242063 243196 243886 245310 245394	
245706 247843 247193 248613 250969 251778 252507 254587 255360 255777	
256126 256278 257798 258809 260471 267763 268928 269261 270403 271556	
274418 278192 282861 283693 283286 283588 289997 284004 288340 289119	
288372 288416 291259 293188 293668 299641 296676 296881 297287 297690	
299904 299917	

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

4 zu 10000 M 18180 90974	
24 zu 5000 M 1209 18084 20828 37634 106117 106396 137772 163308	
184050 232079 28708 29042	
114 zu 1000 M 1013 12517 17306 19088 23159 26525 37961 47701 56561	
81607 60382 62260 63429 65329 101625 104294 116172 123561 127231	
128272 136186 135782 141800 150045 163507 167422 188008 160058 160935	
169229 172570 177263 184342 186972 189183 204209 207414 208331 216911	
218149 226479 227909 229263 229426 228512 232434 236665 246592 266969	
269674 269680 174584 281297 281284 283361 283785 193684	
836 zu 1000 M 1425 1985 2104 2808 3149 6220 7043 8107 9487	
6691 17340 19603 19688 21567 22745 24238 29599 29699 36719 38445	
40881 41108 41703 46860 49408 50517 51894 54789 55079 56831 67446	
69777 69196 62510 63767 67006 68470 70770 71201 71677 71719 76101	
76465 80160 81243 85827 85565 87811 88036 88582 88795 89115 90180	
92551 93284 94242 95126 97483 97717 98507 101065 100470 116178	
119603 120972 124018 124833 121923 123819 126830 126833 142634 147621	
156819 167878 168264 188553 191051 168475 164806 169271 169406 169056	
172262 173161 173269 173555 179380 180675 181195 181267 181743 184171	
184660 185826 186447 186464 187632 187240 187870 184705 185074 195192	
191719 197441 198170 203443 204364 204421 205368 209051 210804 212384	
215201 217070 218007 218007 219034 222271 223297 224228 229210 229297	
229727 230064 231144 233349 235144 235793 236418 238492 239884 239184	
239868 241124 242470 243170 245187 245767 251401 252710 256366 267083	
267896 268005 269222 269180 269430 264417 266574 268748 270950 272110	
274716 275203 276016 276176 281284 281528 281681 286141 289080 289563	
292052 292030 290081 299458 299616	

Zie in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind an den Zinsen zu erheben, die bei den kantonalen Lotterien-Einnahmen zur auerordentlichen Einkünfte ausliegen.

BERLITZ SCHOOLS
Leipziger Str. 123a
Ecke Wilhelmstr.
Tauentzienstr. 19a
FREMDE SPRACHEN
Einzelunterricht
Körkel monatl. 60 Mark

Stoppbeden
große Auswahl
preiswert
8. Strohmantel
5. nur Wallstr. 72. Spittelmarkt, nur Ecke Senefelder- und Nollendorfer Platz 2. Alle Stoppbeden werden an geschickt.

Der deutsche Weinbrand

EGON BRAUN AUSLESE

Weinbrennereien Hamburg

PIANO oder Flügel
direkt an Fabrik
Herr, Ballustr. 9
Kurf. 9104 Gebt.

Möbel
zu niedrigsten Preisen
direkt an Fabrik
Preisermäßigung
Schloß, 1688-18255
Speiser, 1710-18670
Bereung, 1703-17845
Wohn-, 875-8980
Aussen-, 445-2885
Liefer. prompt Lagerung
sollent. 10jähr. Garant.
Möbelhaus Rejewske
Berl., Badstr. 66

Kultur-Lichtbildbühne

Aus Natur und Wissenschaft

2. Abend
Mozartsaal-Lichtspiele am Nollendorfer-Platz
3 Vorstellungen: 5, 6 1/2, 8 1/2 Uhr
Ermässigte Preise / Jugendliche haben Zutritt

Haben Sie Gold-, Silber- oder Platin-

Bruch, Ringe, Ketten, Löffel, Münzensammlungen, Zahngehisse, Brennstifte usw. zu verkaufen, dann gehen Sie nicht in eine kleine Verwertungs- oder Ankaufsstelle. Wir sind Spezialisten hierfür und überlassen daher jede Konkurrenz. Kommen Sie vertrauensvoll zu uns. 9-7 Uhr.
Gebr. Fuhrmann, Nollendorferstr. 39, Lad.

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert f. gut. Sit u. Verarbeitung?
May Hotel, Schneidermeister
Neudün, Ringbahnstraße 88 = Tel. 900
Lieferant für höchste Staatsbeamten
Beide Anzertnuppen u. Damnschneiden. 120R*

Dezimalwagen

Tafelwagen, Gewichte
Billigste Preise. Gr. Lager
Georg Wagner,
Cöpenicker Str. 71
Kein Ladengeschäft. 71

Prismen-Feldstecher
bes. Zeiss u. Goerz werden
ständig angekauft
Photohaur Steckelmann
Blm. W9, Potsdamer Str. 133

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehende

Trauringe

1 Trauring, Duk. gold v. 90 M. an
1 Trauring, Duk. gold
(schwere Ausführung) 300 M.
1 Ring, 565 gest. v. 60-120 M.
1 Ring, 333 gest. v. 35-140 M.
Garantiesch. L. gesetzl. Goldinh.
Ankauf von Gold-, Silber-, Platinbruch
infolge Selbstwertig. z. denk. günstigen Preisen
Brillanten z. Auslandskurs.

M. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30.
Teleph. Nord 303